

Avis aux électeurs

AUCUNE MODIFICATION  
NE DOIT ÊTRE APPORTÉE  
AUX BILLETINS DE VOIE

Les listes de bulletins de vote et les bulletins de vote  
ont été distribués le 10 mai 2014 aux électeurs inscrits  
sur les listes de vote. Ils sont à conserver précieusement  
et à rapporter au bureau de vote.

Il est également interdit d'utiliser les bulletins de vote  
et les professions de foi comme bulletins de vote.

PREFECTURE DU VAL DE MARNE

# AVIS AUX ÉLECTEURS

Doivent être tenus pour nuls et par suite ne doivent pas  
être comptés comme suffrages exprimés.

Les bulletins de vote doivent être déposés dans l'urne  
à l'issue de la séance de vote. Ils sont à conserver précieusement  
et à rapporter au bureau de vote.

# WÄHLEN: EINE EUROPÄISCHE GESCHICHTE

Zehn Wahlen, die unsere  
Welt geprägt haben

# AUSSTELLUNG

DE



Europäisches Parlament



# WÄHLEN: EINE EUROPÄISCHE GESCHICHTE

Zehn Wahlen, die unsere  
Welt geprägt haben

---

## AUSSTELLUNG

---

WÄHLEN: eine europäische Geschichte  
Zehn Wahlen, die unsere Welt geprägt haben  
Ausstellung

## **Team**

Martí Grau Segú, Kurator  
Inês Nauwelaers, Assistentzkuratorin  
Debora Righetti, Projektleiterin

## **Dank an**

Vladimir Čajkovac, Rocío del Casar Ximénez, Hans De Waegeneer, Christine Dupont, Óscar Fontao Regueira, Vasileios Galanakis, Yann Guillard, Clodagh Hourigan, Albrecht John, Philippe Le Guen, Nathalie Minten, Audrey Mottier, Elisabete Petim, Philippe Peyredieu du Charlat, Maria Teresa Pollastro, Véronique Recher, Frédéric Tardino, Jean-Baptiste Teresa, Josette Torres, Tatiana Tumashik und Lycée Viollet-le-Duc (Villiers-Saint-Frédéric, Frankreich).

**Ein Projekt des Europäischen Parlaments, gemeinsam umgesetzt vom Haus der Europäischen Geschichte (Dienststelle Jean-Monnet-Haus) und dem Parlamentarium.**

*Umschlagfoto: Europawahl 1984 in Frankreich.*

© Europäische Union.

# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Darum geht es</b>   | <b>7</b>  |
| <b>Einführung</b>  | <b>8</b>  |
| <i>Die Entwicklung der Demokratie in der europäischen Geschichte</i>   | 8         |
| <i>Die Architekten der europäischen Einheit und das Streben nach einem direkt gewählten Europäischen Parlament</i> | 10        |
| <b>Zehn Wahlen, die unsere Welt geprägt haben</b>  | <b>13</b> |
| <b>1979</b>  |           |
| Zwei Gründermütter am ersten Tag des direkt gewählten Europäischen Parlaments                                      | 14        |
| <b>1984</b>  |           |
| Erneute Wahl – zu einem Europäischen Parlament mit mehr Befugnissen  | 16        |
| <b>1989</b>  |           |
| Eine neue Gemeinschaft nach dem Kalten Krieg: Wahl in einem geschichtsträchtigen Jahr                              | 18        |
| <b>1994</b>  |           |
| Das neue Europa des Vertrags von Maastricht nimmt Fahrt auf  | 20        |
| <b>1999</b>  |           |
| Willkommen, Euro!  | 22        |
| <b>2004</b>  |           |
| Nach der großen Erweiterung geht das wiedervereinigte Europa zur Wahl  | 24        |
| <b>2009</b>  |           |
| Im Schatten der Finanzkrise  | 26        |
| <b>2014</b>  |           |
| Ernennung des Kommissionspräsidenten auf der Grundlage der neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon            | 28        |
| <b>2019</b>  |           |
| Die Menschen sind wieder da  | 30        |
| <b>2024</b>  |           |
| Die diesjährigen Wahlen: ein Wendepunkt?   | 33        |



## Darum geht es

Im Juni 2024 sind die Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgerufen, ihre Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament zu wählen.

Die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament fand im Jahr 1979 statt, und die diesjährige Wahl ist die zehnte ihrer Art. Grund genug, über die Entwicklung der überstaatlichen Demokratie in Europa nachzudenken – von den Ursprüngen der demokratischen Teilhabe in Europa bis hin zum allmählichen Aufbau einer echten europäischen Politik.

Auf dieser Zeitreise können Sie nicht nur die Vergangenheit besser kennenlernen, sondern sie hilft Ihnen auch, im Wahllokal eine fundierte Entscheidung zu treffen! Demokratie ist lebenswichtig – Ihre Mitsprache ist entscheidend.

## Einführung

### *Die Entwicklung der Demokratie in der europäischen Geschichte*

Die Demokratie hat in Europa eine lange Tradition. Für manche liegen die Wurzeln dieser Demokratie im antiken Athen. Andere erkennen dagegen grundlegende Unterschiede zwischen den Freiheiten der Moderne und denen der Antike – heute nämlich gelten sie für die ganze Gesellschaft und nicht nur für einen Teil davon. In der Antike galt es noch als vereinbar mit der Demokratie, weiten Teilen der Bevölkerung sämtliche Rechte vorzuenthalten. Die fortschrittlichsten Geister der Aufklärung dagegen betonten, dass die Demokratie alle einbeziehen müsse.

Dieser hehre Gedanke kam jedoch bisher häufiger in der Theorie als in der Praxis zum Tragen. Die Fortschritte der Demokratie sind seit dem späten 18. Jahrhundert mit Fortschritten bei anderen wichtigen Forderungen auf dem Weg zu mehr Gleichheit verbunden – von der Abschaffung der Sklaverei bis hin zu gleichen Bürgerrechten für Männer und Frauen. Im 19. Jahrhundert mussten sich die neu entstehenden demokratisch legitimierten Regierungen mit der Koexistenz autokratischer Regime abfinden. Zwar machte der Multilateralismus unter den autokratischen Regimen in mehreren Fällen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen möglich (Münster/Osnabrück 1648, Utrecht 1713 und Wien 1815), doch letztendlich ging er auf Kosten des Kampfes der Bevölkerung um mehr bürgerliche Freiheiten. Ein Beispiel dafür ist Repression, die dem Wiener Kongress von 1815 folgte. Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts bereiteten die Kodifizierung des Völkerrechts und die Schaffung allgemeinerer, stabiler internationaler Organisationen den Boden dafür, dass sich die demokratischen Normen, die bereits in einigen Ländern erprobt wurden, auf internationaler Ebene verbreiten konnten. Die Welt war bereit für einen Paradigmenwechsel – bereit dafür, dass demokratischen Werten in internationalen Systemen Vorrang eingeräumt wurde. Bedauerlicherweise musste Europa erst einen weiteren Krieg – den Ersten Weltkrieg – durchstehen, bevor es erleben durfte, dass die meisten europäischen Länder Demokratien wurden.

Eines ist heute klar: Ohne allgemeines Wahlrecht ist keine Wahl vollständig demokratisch. Das allgemeine Wahlrecht galt in Europa erstmals Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem bei Wahlen in den Ländern Skandinaviens und in anderen Ländern Nordeuropas. Im übrigen Europa war der Weg zum Frauenwahlrecht manchmal sehr lang und beschwerlich: In Spanien und der Türkei wurde es in den 1930er-Jahren eingeführt, in der Schweiz sogar erst in den 1970er-Jahren. Die Blütezeit der liberalen Demokratie war auch die Zeit, in der ihre größten Widersacher entfesselt wurden: Nationalsozialismus und Stalinismus gediehen, weil sie die Verbreitung individueller Freiheiten kritisierten. Der lange Weg zu demokratischen Wahlen ist auch die Geschichte davon, wie sich die Demokratie einige der



*Finnische Frau bei der Stimmabgabe während der Parlamentswahl von 1907.*

wichtigsten Anliegen der Gesellschaft zu eigen machte: die Frauenrechte, die Rechte der Entrechteten und – insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg und dank der Architekten der europäischen Einheit – die Förderung des Weltfriedens.

### ***Die Architekten der europäischen Einheit und das Streben nach einem direkt gewählten Europäischen Parlament***

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Gefühl ausgeprägt, dass der Friede und die Demokratie vor allem deshalb zusammengebrochen waren, weil man es in der Zwischenkriegszeit versäumt hatte, die europäische Einigung herbeizuführen. Mit der Schuman-Erklärung, die er 1950 entwarf, gelang es Jean Monnet, den Frieden, die Demokratie und die europäische Einigung zu einer Schicksalsgemeinschaft zu verknüpfen. Außerdem schuf Monnet nicht nur die Grundlage des technokratischen Europas, sondern er setzte sich in den folgenden Jahrzehnten unermüdlich für die Demokratisierung der europäischen Institutionen und für Direktwahlen zum Europäischen Parlament ein.

Dies tat er in erster Linie im Rahmen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa. Und so entstand aus dem Streben nach Frieden das ehrgeizigste demokratische Projekt der Welt: die Abhaltung überstaatlicher Wahlen in Europa. Seit 1979 lenken die demokratischen Direktwahlen zum Europäischen Parlament die Geschicke unseres Kontinents – dank der Beteiligung der Bevölkerung und der größer gewordenen institutionellen Befugnisse des Parlaments.

Die Gründerväter Europas hatten – wie in vielen anderen Bereichen – von Anfang an Hand in Hand auf die Parlamentarisierung des europäischen Aufbauwerks hingearbeitet: Der frühere belgische Ministerpräsident Paul-Henri Spaak, der eng mit Monnet zusammenarbeitete, wurde 1952 erster Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. 1954 wurde der ehemalige Ministerpräsident Italiens, Alcide De Gasperi, sein Nachfolger. Mithilfe der Versammlung festigten die drei Männer den überstaatlichen Charakter der im Werden begriffenen europäischen institutionellen Architektur.

1958 wurden zwei weitere Europäische Gemeinschaften gegründet: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Und ebenjener Mann, der Monnets Plan für die Einigung Europas öffentlich gebilligt und der Welt verkündet hatte, der frühere französische Ministerpräsident und Außenminister Robert Schuman, wurde Präsident der neuen Versammlung, in der Vertreter aller drei Gemeinschaften zusammenkamen: der Europäischen Parlamentarischen Versammlung.



*Robert Schuman in der Europäischen Parlamentarischen Versammlung anlässlich des zehnten Jahrestages der Schuman-Erklärung, 10. Mai 1960.*

© Europäische Union.



Europawahl in Italien 1984.  
© Europäische Union.

# Zehn Wahlen, die unsere Welt geprägt haben

# 1979

## Zwei Gründermütter am ersten Tag des direkt gewählten Europäischen Parlaments

---

Der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament war ein langer Kampf vorangegangen. Mitte der 1970er-Jahre machte die europäische Einigung große Fortschritte: Die Europäische Gemeinschaft wurde erstmals erweitert, die währungspolitische Zusammenarbeit begann, und der Europäische Rat entstand. Für Jean Monnet, einen der Gründerväter, war mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament der Moment gekommen, sein unermüdliches Eintreten für das einige Europa zu beenden und sich zurückzuziehen – in der Zuversicht, dass eine neue Generation demokratisch gewählter politischer Führungskräfte sein Werk fortsetzen würde.

Im Juni 1979 begaben sich die Bürgerinnen und Bürger der damaligen neun Mitgliedstaaten zu den Wahllokalen, um ihre Stimme abzugeben. Der Wahlkampf brachte eine neue Bildsprache mit sich: Wahlplakate, Fernsehwerbung und Werbeartikel. Im Vordergrund stand dabei die gemeinsame Entscheidungsfindung. Die Wahlbeteiligung lag bei rund 62 %.

Am Eröffnungstag des neuen Parlaments standen zwei Frauen an der Spitze. Die konstituierende Sitzung leitete zunächst die Alterspräsidentin Louise Weiss, eine leidenschaftliche Verfechterin der europäischen Einheit und – seit den Zwanzigerjahren – herausragende Frauenrechtlerin, die nun ihre Karriere in beiderlei Hinsicht krönte. Weiss übergab den Staffelstab an die erste demokratisch gewählte Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, ehemalige Ministerin in Frankreich und Holocaust-Überlebende, die sich für das Recht der Frauen einsetzte, über ihren eigenen Körper und den Umgang mit einer Schwangerschaft selbst zu bestimmen. Nach den Gründervätern der Fünfzigerjahre versammelte Europa nun seine Gründermütter!

1982, im zweiten Teil der Wahlperiode, übernahm dann der Niederländer Piet Dankert das Präsidentenamt.



*Louise Weiss begrüßt Simone Veil als Präsidentin des Europäischen Parlaments, 17. Juli 1979.  
© Europäische Union.*

# 1984

## Erneute Wahl – zu einem Europäischen Parlament mit mehr Befugnissen

---

Nach der ersten Wahl hatte das Europäische Parlament zwar an demokratischer Legitimität gewonnen, aber seine Befugnisse waren nach wie vor begrenzt. Viele waren damit unzufrieden, und mehrere Mitglieder, die kein Blatt vor den Mund nahmen, drängten darauf, das sofort zu ändern – wenn nicht mithilfe von Vorschriften, dann zumindest in der Praxis. Eines der Mittel, mit dem sich immer mehr Politikbereiche beeinflussen ließen, war die Ausweitung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments. Eine Schlüsselfigur unter diesen politischen Maklern war Altiero Spinelli, der seit den 1940er-Jahren für die europäische Einigung eintrat.

1941, als man ihn auf der winzigen Insel Ventotene gefangenhielt, hatte Spinelli mit weiteren Gegnern des Faschismus ein Manifest für ein föderales Europa entworfen. Um sie herum tobte der Krieg, und es war klar, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine Rückkehr zum weltpolitischen Status quo der Vorkriegszeit geben konnte. Spinelli gehörte später der Europäischen Kommission an und kandidierte 1979 um einen Sitz im Europäischen Parlament. Als Vorsitzender des Crocodile Club, benannt nach dem Straßburger Restaurant, in dem sich seine Mitglieder versammelten, legte Spinelli den Entwurf eines Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union vor – einen föderalistisch ausgerichteten Text, den das Europäische Parlament im Februar 1984 annahm. Bei der anstehenden Wahl stand politisch viel auf dem Spiel.

Die Europawahl vom Juni 1984 war auch die erste, an der Griechenland als vollwertiger Mitgliedstaat teilnahm. Die Wahlbeteiligung lag bei 59 %. Zum Parlamentspräsidenten wurde Pierre Pflimlin aus Frankreich gewählt. Er war der erste ehemalige Ministerpräsident eines Mitgliedstaats an der Spitze des Europäischen Parlaments. Von 1987 an war der Brite Charles Henry Plumb Parlamentspräsident. Da Spanien und Portugal der Europäischen Gemeinschaft zur Hälfte der Wahlperiode beigetreten waren, war 1987 eine Teilwahl für sie vorgesehen. Zwar billigten die Mitgliedstaaten den Entwurf des Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union letzten Endes nicht, doch bereitete dieser Vertragsentwurf bahnbrechenden Entwicklungen wie der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte und schließlich der Schaffung der Europäischen Union den Weg.



*Altiero Spinelli.*

*© Historisches Archiv der Europäischen Union.*

# 1989

## Eine neue Gemeinschaft nach dem Kalten Krieg: Wahl in einem geschichtsträchtigen Jahr

---

Die darauffolgende Wahl fand in einem der bedeutsamsten Jahre der jüngeren Geschichte statt: 1989. Nach vier Jahrzehnten des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts auf der Weltbühne zerfiel der von der Sowjetunion angeführte Ostblock, und die Länder Mittel- und Osteuropas bewegten sich schon bald in Richtung pluralistische Demokratie. In der Europäischen Gemeinschaft ereignete sich unter der Führung von Jacques Delors, einem ehemaligen französischen Minister, der 1985 Kommissionspräsident wurde, ein beispielloser Wandel.

Delors' Einheitliche Europäische Akte, die zum Teil auf Spinellis Entwurf eines Vertrags zur Gründung einer Europäischen Union beruhte, war von den Mitgliedstaaten angenommen worden – ein entscheidender Schritt hin zu einer Europäischen Union mit größeren Befugnissen in zahlreichen Politikbereichen. Die dritte Europawahl fand daher in einem Klima der Vorfreude auf diese neue politische Einheit statt, die Europa mit Blick auf die Außenbeziehungen zu einem vollwertigen Akteur auf der Weltbühne machen und ihm im Inneren ein beispielloses Maß an Einigung bringen sollte. Die Verhandlungen über den Vertrag standen noch aus, und die Wahlbeteiligung lag bei rund 58 %.

Das neue Parlament wählte den Spanier Enrique Barón zu seinem Präsidenten. 1992 wurde der Deutsche Egon Klepsch für die zweite Hälfte der Amtszeit zum Präsidenten gewählt. In dieser Wahlperiode ereigneten sich tiefgreifende historische Veränderungen wie der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands, und es gab massive Finanzhilfen für den demokratischen Wandel in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Das Parlament wirkte bei der Ausarbeitung und Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Union, auch bekannt als Vertrag von Maastricht, entscheidend darauf hin, stärker auf Integration zu setzen. Ein neues Europa war geboren!

# ELEZIONI EUROPEE 18 GIUGNO 1989



## IL PARLAMENTO EUROPEO LA NOSTRA VOCE IN EUROPA



PARLAMENTO EUROPEO Ufficio d'informazione per l'Italia - Via IV Novembre, 149 - 00187 ROMA - Tel. 6790507-6790502

# 1994

## Das neue Europa des Vertrags von Maastricht nimmt Fahrt auf

---

Knapp ein Jahr nachdem der Vertrag von Maastricht in Kraft getreten und damit auch die Europäische Union entstanden war, wurden die Bürgerinnen und Bürger Europas erneut an die Wahlurnen gerufen. Die neue Aufteilung der Zuständigkeiten hatte dem Europäischen Parlament eine erheblich wichtigere Stellung gebracht – es war nun als Mitgesetzgeber auf Augenhöhe mit dem Ministerrat. Ehrgeizige neue Projekte, die dem gesamten europäischen Aufbauwerk Schwung gaben – die Aussicht auf die Ost- und Süderweiterung, die geplante einheitliche Währung – wurden nun von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments der demokratischen Entscheidungsfindung und der öffentlichen Kontrolle unterzogen.

Die Wahl fand in einer Stimmung statt, die den zu treffenden wichtigen Entscheidungen (wie viel EU-Erweiterung sollte es sein?) ebenso angemessen war wie der Notwendigkeit, die Bedenken der Bevölkerung zu zerstreuen (bringt eine einheitliche Währung nur Vorteile oder eher nicht?). Neue politische Strategien mussten geschaffen oder ausgebaut werden, z. B. Strategien zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten aus Mitteln der Regionalpolitik – Sinnbild der neuen Verbundenheit des Kontinents.

Die Wahlbeteiligung lag bei rund 57 %. 1994 wurde der Deutsche Klaus Hänsch zum Parlamentspräsidenten gewählt. 1997 übernahm der Spanier José María Gil-Robles das Amt des Präsidenten für die zweite Hälfte der Wahlperiode. Am 1. Januar 1995 wuchs die EU von 12 auf 15 Mitgliedstaaten, und die Bevölkerung der neuen Mitgliedstaaten Österreich, Finnland und Schweden wählte 1995 und 1996 in Teilwahlen ihre Vertreterinnen und Vertreter im Parlament. Die neuen Mitglieder brachten eine lange Tradition der Blockfreiheit und hohe Sozial- und Umweltschutznormen in die EU ein. Auch international sah man Europa nun in einem anderen Licht: In der Alten Welt war neuer Optimismus aufgekeimt, und das europäische Modell schien dazu bestimmt, besser abzuschneiden als die ehemaligen Blöcke der Zeit des Kalten Krieges.



Europawahl in Brüssel, 12. Juni 1994.  
© Europäische Union

# 1999

## Willkommen, Euro!

---

Die einheitliche Währung machte Fortschritte, und bald schon sollte dies greifbar werden, in Form von Euro-Banknoten und -Münzen. 1998 waren die Beitrittsverhandlungen mit zwölf Bewerberländern eröffnet worden – die Großerweiterung gewann an Fahrt. Die letzte Europawahl des 20. Jahrhunderts fand an einem politischen Scheideweg statt, und ihr Ergebnis sollte weitreichende Folgen haben.

Nach fast einem halben Jahrhundert europäischer Einigung und zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges schien der Friede sicher zu sein, doch der Krieg im Kosovo rief – wie zuvor auch schon die Jugoslawienkriege – grausam ins Gedächtnis, wie brüchig er im Grunde war. Dadurch, dass die EU in der Außenpolitik stärker die Muskeln spielen ließ, schien sie dem Kontinent Stabilität verleihen zu können. In die anschließende Wahlperiode fiel die Unterzeichnung des Vertrags von Nizza im Jahr 2001, mit dem der Vertrag von Maastricht von 1992 und die Römischen Verträge von 1957 geändert wurden. Eines der Ziele dieses neuen Vertrags bestand darin, die EU auf die größere Mitgliederzahl vorzubereiten.

Die Wahlbeteiligung lag bei 58 %. Die Französin Nicole Fontaine wurde 1999 für die erste Hälfte der Wahlperiode zur Parlamentspräsidentin gewählt, 2002 übernahm der Ire Pat Cox das Amt. Die Abgeordneten erlebten, wie am 1. Januar 2002 das Euro-Bargeld in Umlauf gebracht wurde. Sie wurden Zeugen der Einrichtung des Konvents zur Ausarbeitung der europäischen Verfassung, aber auch großer Herausforderungen für die Europäische Union als Akteur auf der Weltbühne. Die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington machten den Kampf gegen den Terror so dringlich wie nie zuvor.

Der Einmarsch der USA in den Irak spaltete die EU-Staaten in zwei Lager – das derjenigen, die auf der Seite der Vereinigten Staaten standen, und das derjenigen, die kritisch blieben – und führte sogar dazu, dass man geringschätzig zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa unterschied!



Informationsstand im Vorfeld der Europawahl vom Juni 1999.

© Europäische Union

# 2004

## Nach der großen Erweiterung geht das wiedervereinigte Europa zur Wahl

---

Die Kluft zwischen den Staaten Europas, die der Krieg im Irak verursacht hatte, musste überbrückt werden, und die bisher größte Erweiterung der EU bot mit Sicherheit eine hervorragende Gelegenheit dazu. Nach mehr als einem halben Jahrhundert tiefer Spaltung war der Kontinent 2004 bereit, wieder zusammenzufinden. Zehn neue Mitgliedstaaten traten bei – acht aus Mittel- und Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn) und zwei aus Südeuropa (Malta und Zypern). Die Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten konnten gleich im selben Jahr an der Europawahl teilnehmen. Zwei weitere Staaten (Bulgarien und Rumänien) traten 2007 bei.

Die Wahlbeteiligung lag 2004 bei rund 46 %. Der Spanier Josep Borrell wurde 2004 für die erste Hälfte der Wahlperiode Präsident des Europäischen Parlaments, und der Deutsche Hans-Gert Pöttering übernahm das Amt in der zweiten Hälfte. Trotz der europafreundlichen Stimmung verflieg die Euphorie bald wieder, denn es zeichneten sich dunkle Wolken am Horizont ab. Im Jahr 2005 lehnte die Bevölkerung der Niederlande und Frankreichs den Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa – der die EU einem föderalen Europa einen Schritt näher gebracht hätte – in Volksabstimmungen ab. Einige Staaten zeigten erste Anzeichen von Erweiterungsmüdigkeit: Lohnte sich Europa noch – nach all den Anpassungsmühen?

Doch nicht alle Fortschritte, die man bei der Gestaltung des neuen Europas erzielt hatte, waren umsonst: Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags folgte eine Zeit des Nachdenkens. Was war nun zu tun? Mit der Berliner Erklärung, die im März 2007 von Parlamentspräsident Pöttering mitunterzeichnet wurde, bewahrte man viele Bestimmungen des Verfassungsvertrags rechtzeitig vor der nächsten Wahl – in Form des Vertrags von Lissabon (der ursprünglich Reformvertrag genannt wurde).



Tag der Erweiterung: Ankunft der neuen Flaggen, Brüssel, 1. Mai 2004.

© Europäische Union

# 2009

## Im Schatten der Finanzkrise

---

Als der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, hatte es nicht nur eine weitere Europawahl gegeben, sondern auch eine schwere Weltwirtschaftskrise mit gravierenden finanziellen, sozialen und politischen Folgen. Es war wahrscheinlich, dass sich die Wählerschaft bei der Stimmabgabe nun eher von Angst leiten ließ, und die Zerstreung dieser Angst wurde eine der Hauptaufgaben der politischen Vertreterinnen und Vertreter.

Es gab natürlich auch ein paar Silberstreifen am Horizont: Die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2008 läutete eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen ein, und die Ökologisierung der Industrieproduktion war in aller Munde. Aber würde das reichen?

Die Wahlbeteiligung lag bei 43 %. Der frühere polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek wurde 2009 als erster Politiker aus Mittel- und Osteuropa zum Parlamentspräsidenten gewählt. 2012 übernahm dann der Deutsche Martin Schulz das Präsidentenamt.

Im Jahr 2010 löste der drohende Schuldenausfall Griechenlands die Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet aus, und nach der irischen Finanzkrise hatten viele Mitgliedstaaten mit anhaltenden finanziellen Engpässen zu kämpfen, da man weltweit in die roten Zahlen rutschte. In dieser Zeit gab es auch Unruhen unweit der EU-Außengrenzen: 2010 war der Beginn des Arabischen Frühlings, der 2011 die gesamte Region erfasste – in dem Jahr, in dem auch der Krieg in Syrien begann. 2013 begannen die Euromaidan-Proteste in Kiew. 2014 dann annektierte Russland die Krim, und der Krieg im Donezbecken brach aus.

JCDecaux



**Quelle agriculture  
pour notre  
alimentation ?**

Votre vote, utilisez-le lors des élections  
du Parlement européen le **7 juin**.

[www.elections2009.eu](http://www.elections2009.eu)

# 2014

## Ernennung des Kommissionspräsidenten auf der Grundlage der neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon

---

Zur Wahl 2014 wurde das Verfahren des Spitzenkandidaten eingeführt: Demnach nominieren die europäischen Parteien vor der Europawahl einen Spitzenkandidaten, damit die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme bei der Europawahl unmittelbar beeinflussen können, wer in Zukunft an der Spitze der EU-Exekutive steht. Nach der Wahl darf die Partei mit den meisten Stimmen den Namen des künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission vorschlagen, den das Europäische Parlament später mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder wählt. Viele sehen dies als Möglichkeit an, die Wahl zum Europäischen Parlament zu „europäisieren“.

Die Grundlage für diese stärkere Rolle des Europäischen Parlaments bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten ist der Vertrag von Lissabon. Das Verfahren bewirkte, dass Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission wurde. Die Wahlbeteiligung lag 2014 bei rund 43 %. Martin Schulz, der bereits seit 2012 Parlamentspräsident war, wurde 2014 für die erste Hälfte der Wahlperiode wiedergewählt. Er war der erste Präsident des Europäischen Parlaments, der jemals wiedergewählt wurde. 2017 dann wurde Antonio Tajani Parlamentspräsident.

In dieser Wahlperiode wurden die Abgeordneten damit konfrontiert, dass sich das Umfeld im In- und Ausland rasant veränderte. Mitte 2016 geschah etwas Beispiellooses: Eine knappe Mehrheit der Britinnen und Briten stimmte für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union. Die Regierungen einiger Mitgliedstaaten wurden verwarnt, weil sie drohten, in Richtung einer „illiberalen Demokratie“ abzugleiten. Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA im Jahr 2016 belastete die Beziehungen zwischen der EU und den USA.

**EUROVISION  
DEBATE**

**#TellEUROPE**



*Eurovisionsdebatte der Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten im Jahr 2014.  
© Europäische Union*

# 2019

## Die Menschen sind wieder da

---

2019 lag die Wahlbeteiligung bei 51 %. Sie stieg damit zum ersten Mal seit der ersten Europawahl von 1979 an, was die Wahl von 2019 zur größten überstaatlichen Wahl aller Zeiten machte. Präsident des Parlaments wurde David Sassoli, dem im Januar 2022 Roberta Metsola folgte – die Jüngste, die jemals dieses Amt bekleidete.

Die meisten europäischen Parteien ernannten vor der Europawahl 2019 erneut Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Später schlug der Europäische Rat dem Europäischen Parlament Ursula von der Leyen – die nicht als Spitzenkandidatin nominiert worden war – als Kommissionspräsidentin vor. Das Europäische Parlament wählte sie anschließend im Rahmen seiner Kontrollbefugnisse.

Bei der Wahl von 2019 stand das Thema Klimaschutz im Vordergrund, da es weltweit nach wie vor besorgniserregende Anzeichen dafür gab, dass sich die Umweltbedingungen rasch verschlechtern. In der anschließenden Wahlperiode mussten sich die Abgeordneten damit abfinden, dass das Vereinigte Königreich tatsächlich aus der EU austrat. 2020 brach die Coronapandemie aus. 2021 begann der Konvent zur Zukunft Europas, den die EU-Organen zur Erörterung der Themen von morgen einberufen hatten, mit der Arbeit. 2022 marschierte Russland in die Ukraine ein.



*Europawahl 2019: am Wahlabend hinter den Kulissen.*

© Europäische Union

# 2024

## Die diesjährigen Wahlen: ein Wendepunkt?

---



Diese chronologische Betrachtung der Europawahlen seit 1979 zeigt, dass jede Wahl im Zeichen der Debatten und politischen Probleme ihrer Zeit stand.

Die Geschichte der Europawahlen macht deutlich, dass sie Meilensteine bei der Gestaltung einer wahrhaft europäischen Politik sind – ein Spiegelbild der wichtigsten Anliegen und Auseinandersetzungen auf der politischen Bühne der jeweiligen Zeit.

Wenden wir uns also der Europawahl 2024 zu – was mag sie in dieser Hinsicht wohl bringen? Ihre Meinung zählt!



An aerial, high-angle photograph of a massive crowd of people, likely at a public event or protest. The individuals are densely packed in the center and become more sparse towards the edges. They are wearing a variety of colorful clothing, including many bright yellow and green shirts. The ground is a light-colored, flat surface, possibly a plaza or a large open area. The lighting is bright, casting distinct shadows from the people.

[together.eu](https://together.eu)

**TOGETHER FOR  
DEMOCRACY**